

Hans-Ulrich Wehler, renommierter Sozialhistoriker und bewundernswerter Verfasser einer fünf-bändigen Deutschen Gesellschaftsgeschichte, hat fünf Jahre nach dem Erscheinen des fünften Bands seines Hauptwerks, das den Zeitraum 1949 – 1990 behandelt, ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht. Sein neuestes Werk kann man auch als eine Art von Update des Kapitels IV im letzten Band seiner Gesellschaftsgeschichte verstehen (Titel des Kapitels: Strukturbedingungen und Entwicklungsprozesse der Sozialen Ungleichheit). Im Jahr 1990, bis zu dem der letzte Band von Wehlers großem Werk reicht, waren die überblickbaren Entwicklungen in der BRD und in der DDR ganz unterschiedlich verlaufen und mussten deshalb auch getrennt dargestellt werden. Mit der deutschen Vereinigung verschwinden zwar keineswegs die Unterschiede zwischen West und Ost (das 15. und abschließende Kapitel des neuen Buchs handelt davon), aber es geht nun um die Ungleichheit in ein und demselben Land, und die zwischen West und Ost ist nur eine der Dimensionen davon.

Verschiedene Dimensionen der sozialen Ungleichheit in Deutschland zu behandeln, ist das eigentliche Anliegen des Buchs. In 13 von insgesamt 15 Kapiteln (ergänzt um ein Nachwort) werden unterschiedliche Ausprägungen von sozialer Ungleichheit und ihrer Entwicklung thematisiert. Die insbesondere bei Ökonomen verbreitete Sichtweise, Ungleichheit im Wesentlichen als Einkommens- und/oder Vermögensungleichheit zu verstehen, erfährt damit eine höchst bemerkenswerte Ausweitung. So käme es einem Ökonomen vermutlich kaum in den Sinn, ein Kapitel über die Ungleichheit der Konfessionen in ein Werk über soziale Ungleichheit aufzunehmen. Wehler macht das, um dann allerdings festzustellen, dass diese in der Vergangenheit durchaus bedeutsame Dimension von Ungleichheit heute so gut wie keine Rolle mehr spielt (S. 151), zumindest diese Form der Ungleichheit also verschwunden ist.

Aber es gibt, jenseits der Entwicklung von Einkommens- und Vermögensverteilung, nach Wehlers Befund zahlreiche relevante Formen der Ungleichheit, bei denen sich in Deutschland keineswegs abschwächende, sondern im Gegenteil zunehmende Tendenzen zeigen. Dazu gehört z. B. die in Kapitel 5 behandelte „Ungleichheit in der deutschen Wirtschaftselite“. Wehler, der sich dabei u. a. auf Ergebnisse des Soziologen Michael Hartmann stützt, stellt fest, „dass die in ihren positiven Auswirkungen grandios überschätzte Bildungsexpansion zwar den Zugang zu den höheren Bildungsinstitutionen unstreitig erleichtert, ihn aber keineswegs bis hin zu den Elitepositionen geebnet hat. Vielmehr hat sich in den letzten drei Jahrzehnten ein erstaunlich elitärer Absonderungsprozess vollzogen“ (S. 87). Dieser besteht darin, dass aus dem Großbürgertum und dem gehobenen Bürgertum stammende Personen unter Vorstandsvorsitzenden und insbesondere unter Aufsichtsratsvorsitzenden nicht nur weit überdurchschnittlich vertreten sind, sondern – trotz der Bildungsexpansion! – ihre Position noch weiter haben ausbauen können.

Die Erklärung, die Wehler dafür anbietet, macht dem Leser klar, warum er sein Buch mit einem recht theoretischen Kapitel einleitet, in dem er auf seine Vorbilder eingeht: Karl Marx, Max Weber, Émile Durkheim und Pierre Bourdieu. Im zuletzt angesprochenen Zusammenhang ist es Bourdieu, der ihm den Schlüssel zu einer Erklärung liefert: Die Abkömmlinge aus den höheren Schichten der Gesellschaft verfügen über einen „klassenspezifischen Habitus“, der gleichsam die Garantie für Elitenkontinuität liefert und damit die mit der Bildungsexpansion intendierten Absichten konterkariert.

Ungleichheit sieht Wehler u. a. unter den Alten, auf den deutschen Heiratsmärkten, zwischen den Geschlechtern, in den Wohnbedingungen und bei Krankheit und Gesundheit. Während er dazu Kluges und Wichtiges mitteilt, ist das Kapitel über ethnisch-kulturelle Ungleichheit eine rechte Enttäuschung. Anstatt auf die zwischen Migranten und Einheimischen bestehenden Ungleichheiten einzugehen, wird vor allem die Problematik türkischer Zuwanderung („äußerst mangelhafte Integrationsbereitschaft“) betont und einer EU-Aufnahme der Türkei dezidiert widersprochen. Egal wie man dazu steht: Hier erfährt man viel über Wehlers politische Überzeugung in dieser Frage und kaum etwas über ethnisch-kulturelle Ungleichheit und ihre Ursachen.

Doch kommen wir zur Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Was die Verteilung der Einkommen angeht, so betont Wehler deren „strukturelle Stabilität“ (S. 71) und spricht davon, dass sich „die Grundstruktur der Distribution über die Jahrzehnte hinweg unerschütterlich erhalten (habe)“ (S. 68). Das steht freilich im Widerspruch zu neuen Arbeiten, die dem Verfasser allerdings teilweise noch nicht zur Verfügung stehen konnten. Hier wäre beispielsweise die 2013 erschienene Publikation von Christina Anselmann „Spitzeneinkommen und Ungleichheit“ zu nennen; oder die Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (Ulrike Stein/Kai Daniel Schmid) „Explaining Changing Income Inequality in Germany“ 1991 – 2010. Diesen Analysen zufolge ist es – später zwar als in angelsächsischen Ländern – auch in Deutschland seit 1990 zu einem deutlichen Anstieg der Ungleichheit gekommen, wobei es insbesondere die Spitzeneinkommen sind, die weit überdurchschnittlich gestiegen sind. Erst seit 2005 setzt sich das nicht weiter fort, ohne dass es allerdings bisher zu einer entscheidenden Korrektur gekommen wäre. Da Wehler nicht klar macht, ob sich seine Daten, wie in der ökonomischen Forschung inzwischen üblich, auf bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen beziehen, ob es sich dabei um Markt- oder Nettoeinkommen handelt, muss offenbleiben, weshalb es hier zu anderen Befunden kommt. Als Manko der Wehlerschen Ausführungen muss auch vermerkt werden, dass er die „World Top Incomes Database“ und die darauf aufbauenden Arbeiten von Atkinson, Piketty und Saez offenbar nicht zur Kenntnis genommen hat.

Maße, mit denen man die Ungleichheit der Vermögen erfasst, weisen regelmäßig deutlich höhere Werte auf als die entsprechenden für die Einkommensverteilung. Frühe ►



HANS-ULRICH WEHLER:
DIE NEUE UMVERTEILUNG –
SOZIALE UNGLEICHHEIT
IN DEUTSCHLAND

C.H. Beck,
München 2013
ISBN 978-3-406-64386-6

192 Seiten, 14,95 €

Studien über das Ausmaß der Vermögenskonzentration in der BRD haben Föhl („wer hat, dem wird gegeben“) und Krelle vorgelegt; der Verzicht auf die Erhebung einer Steuer auf Vermögen hat dann für das wiedervereinigte Deutschland die Erforschung der Vermögensverteilung nicht gerade befruchtet, weil keine Vermögensteuerstatistiken mehr zur Verfügung standen.

Im vierten Kapitel seines Buchs behandelt Wehler die Vermögensungleichheit, plädiert für die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, die angesichts der in Deutschland gegebenen Erbmasse einen weit größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Haushalte liefern sollte – und damit gleichzeitig eine Korrektur der extrem ungleichen Vermögensverteilung leisten könnte. Warum der Verfasser in diesem Kapitel dann aber auf Spitzeneinkommen und deren rasantes Wachstum zu sprechen kommt, bleibt allerdings unklar – das hätte in das Kapitel über die Einkommensungleichheit gehört.

Dennoch: Wehler hat ein höchst anregendes Buch vorgelegt, bei dem es ihm ganz offenkundig nicht primär darum geht, seinem beeindruckenden wissenschaftlichen Werk einen weiteren wissenschaftlichen Beitrag hinzuzufügen. Er möchte mit diesem Buch vielmehr in doppelter Rolle auftreten: als Wissenschaftler, der die Entwicklung analysiert, und als politischer Mensch, der sich einmischt

und politische Empfehlungen ausspricht. In dieser Doppelrolle kann er auch mitunter die nüchterne Sprache des Wissenschaftlers ganz verlassen, etwa wenn „der obszöne Anstieg von Managergehältern in schwindelerregende Höhen“ (S. 8) von ihm angesprochen wird. Bücher dieser Art sind selten – man würde sich mehr davon wünschen. Das schließt im vorliegenden Fall bestimmte Monita, wie sie bereits angedeutet wurden, nicht aus. Ein noch nicht erwähnter Kritikpunkt betrifft auch den Titel des Buchs: Der Untertitel ist für den Inhalt entschieden aussagekräftiger als der Obertitel: Unter Umverteilung verstehen Ökonomen Redistribution, also die vom Staat durch Steuer- und Abgabenerhebung einerseits, Transferzahlungen andererseits herbeigeführte Veränderung der Primärverteilung in eine Sekundärverteilung. „Die Neue Umverteilung“, die der Autor im Sinn hat, betrifft aber keineswegs in erster Linie diese staatlich organisierte „Umverteilung“, vielmehr geht es ihm um die sich vollziehenden Veränderungen bei den verschiedenen Dimensionen von Ungleichheit. Dafür den Begriff der Umverteilung zu benutzen, sorgt zumindest unter Ökonomen für Verwirrung. Wie (und ob) die verschiedenen Dimensionen von Ungleichheit miteinander zusammenhängen, wäre ein weiteres Thema, über das man gerne mehr erfahren hätte.

PETER KALMBACH, SCHONDORF